

JEDER TAG VOLKSTRAUERTAG

Liebe Leserinnen und Leser,

meinen PP-Newsletter habe ich in zwei Teile aufgespalten, die getrennt versendet werden. In einen „allgemeinen“ (Teil A) und in einen Börsenteil (Teil B), der sich an Anleger richtet. Beide Teile werden aus technischen Gründen im wöchentlichen Wechsel versendet werden, um ein zu hohes Mail-Aufkommen zu verhindern. Heute ist wieder Teil A an der Reihe.

Was ist bloß los mit den Deutschen? Gehe ich summend und lächelnd durch die Stadt, blicke ich meist in leere, düstere, verhärmte oder apathisch wirkende Gesichter, erschreckenderweise immer öfter auch schon bei Kindern und Jugendlichen. Wie ein Herbstnebel, den keine Sonne sich zu vertreiben aufmacht, scheinen Resignation und Fatalismus über dem Land zu liegen.

Dabei gibt es doch tagtäglich so viel Lustiges zu bestaunen. Beispielsweise einen amerikanischen Präsidenten, der Krieg gegen den Iran führt, jetzt weitere Truppen in den Nahen Osten verlegt hat, über den Einsatz der „Mutter aller Bomben“ sinniert und sich gleichzeitig hoch erbost darüber zeigt, nicht den Friedensnobelpreis verliehen bekommen zu haben.

Kein Comedian kann sich so etwas ausdenken! Aber ist es nicht so, als ob es nicht noch viel besser ginge: Unser Bundeskanzler hat sich von Mr. Trump nicht lumpen lassen und sofort gekontert: Kein Euro, genauer gesagt nicht ein einziger, der von Deutschland an die Ukraine fließt, fehlt hier bei den Sozialausgaben oder den Bildungsausgaben.

Hat er gesagt. Wobei ich mir nicht sicher bin, ob ich es schlimmer fände, wenn er das selbst glaubt oder wenn er weiß, dass er einen Schmarrn vom Stapel gelassen hat.

Um welche Summe wir hier reden, das ist nicht ganz klar. Letztlich deswegen nicht, weil die Bundesregierung

bei den Kosten für die Unterstützung der Ukraine oder auch bei den Kosten der Migration mit Informationen ähnlich spendabel umgeht wie Coca-Cola mit dem Rezept der Coke. Das beklagen auch die Verfasser einer neuen Studie des Kiel-Instituts zu diesem Thema, die Sie hier nachlesen können:

<https://www.kielinstitut.de/de/publikationen/how-much-aid-has-germany-given-to-ukraine-20291/>

Trotz dieser von der Regierung gewollten Intransparenz kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass die Ukraine Deutschland seit 2022 wohl ca. 123 Mrd. Euro gekostet hat. Roundabout 100 Mrd. Euro an Militärhilfen und „Bürgergeld“ in Höhe von 35,9 Mrd. Euro zzgl. 22,7 Mrd. Euro an für die Ukraine geleisteten Zahlungen an die EU.

123 Mrd. Euro dividiert durch rund 80 Millionen deutsche Einwohner macht pro Kopf 1.537,50 Euro, wobei zu berücksichtigen ist, dass ja max. die Hälfte aller Deutschen überhaupt als Nettosteuerzahler einzustufen sind. Aber wie auch immer: Seit 2022 hat eine Familie mit zwei Kindern wahrscheinlich in etwa 6.150 Euro für die „Unterstützung“ der Ukraine bzw. ihrer Bürger aufgebracht. Bzw. größtenteils für Rüstungsunternehmen.

Wir stellen etwas in den Raum ...

Angefangen hat der deutsche Einstieg in den Krieg bzw. seine Finanzierung Ende Januar 2022, als die Bundesregierung beschloss, der Ukraine 5.000 Schutzhelme zu liefern, Gesamtwert 500.000 Euro.

Hauptgrund dieser sehr bescheidenen Hilfe dürfte gewesen sein, der Bevölkerung zu suggerieren, dass man sich nicht in diesen Krieg hineinziehen lassen wolle, was die „Ampel“ ja auch genauso immer wieder kommunizierte.

Womit wir wieder einmal bei Jean Claude Junckers aus 1999 stammenden Erklärung der Politik angelangt wären: *„Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“*

Heute fließt pro Jahr rechnerisch mehr das 60-fache der damaligen 500.000 Euro aus dem Steuersäckel in Richtung Ukraine ab und noch viel mehr in Rüstung, Rüstung und noch einmal Rüstung.

Will die Mehrheit der Bevölkerung das? Ich bin mir sicher, nein! Und u. a. auch genau das zeigte sich in den letzten Wahlergebnissen, wo die CDU regelrecht pulverisiert wurde und die AfD immer mehr Zulauf bekam. Eine AfD, die sich zusammen mit dem BSW am Mittwoch im sachsen-anhaltinischen Landtag für ein Ende der Waffenlieferungen an die Ukraine, eine diplomatische Lösung des Konflikts und die Wiederaufnahme konstruktiver Beziehungen zu Russland ausgesprochen hat.

Klar ist: Irgendwann wird auch dieser Krieg einmal enden. Entweder in einer nuklearen Katastrophe oder aber am Verhandlungstisch, wobei jedem, der noch bei Sinnen ist, Zweiteres natürlich lieber sein muss.

Aber wenn es so oder so zu einer Verhandlungslösung kommt, warum dann nicht sofort? Warum sollen noch Tausende Ukrainer und Russen ihr Leben lassen, Menschen, die diesen Krieg nie gewollt haben und nun

die Zahlmeister der Profite des militärisch-industriellen Komplexes geworden sind? Laut dem Stockholmer Institut für Internationale Friedensforschung (SIPRI) toben weltweit derzeit 179 Kriege bzw. militärische Auseinandersetzungen. Mehr als jemals zuvor.

Und für alle diese Kriege, für all das sinnlose Morden und Zerstören zahlen Menschen Steuern. Und Regierungen bemühen sich, reichlich Kanonenfutter zu rekrutieren, während sich die Lobbyisten der Rüstungskonzerne in Brüssel und Berlin die Klinke in die Hand geben.

Vorgestern wurde hier im Örtchen wieder für die „Kriegsgräberfürsorge“ gesammelt. Wie jedes Jahr habe ich 20 Euro gespendet, auch wenn es mir gegen den Strich bürstet, dass auf den Denkmälern für die Gefallenen meist „Unsere Helden“ zu lesen ist statt „Unsere Verführten.“ Denn dann wären diese Lernorte der Geschichte noch erheblich wertvoller, Herr Pistorius, Herr Merz, Herr Hofreiter, Herr Rütte, Frau Strack-Zimmermann und liebe Grüne!

Vive La France!

Im schönen Nachbarland Frankreich dürfte es heute wieder ungemütlich werden. Zehntausende wollen sich an einem labdesweiten Protesttag gegen die ausufernden Lebenshaltungskosten und Missstände an den Schulen bzw. im Bildungswesen.

Friedlich wird das nicht abgehen. Denn die Polizei hat bereits ein rigoroses Eingreifen mit Blendgranaten, Wasserwerfern und Gummigeschossen angekündigt. So manches Auge dürfte da nicht trocken bleiben. Aber:

Schaut man sich Videos der letzten Wochen zu den immer weiter eskalierenden Ausschreitungen bei den Schülerprotesten an, dann sind dort wohl tatsächlich auch vermutliche Schüler zu sehen, mehrheitlich aber tobt sich dort ein Mob aus, der wahrscheinlich noch nie ein Klassenzimmer von innen gesehen hat.

Über 1.500 Gebiete in Frankreichs Vorstädten, so gut wie immer unter islamischer Kontrolle, entziehen sich längst jeder Kontrolle der staatlichen Behörden, selbst für die Polizei sind sie absolute No-go-Areas.

Ausschreitungen in den Banlieues, den Vorstadtgürteln französischer Großstädte, sind seit mehr als 20 Jahren an der Tagesordnung. Aber je stärker Paris sie einzudämmen versucht, umso stärker steigt der Druck im Kessel. Und was wir nun erleben, hat weit weniger mit „Schülerprotesten“ zu tun als mit einem Guerillakrieg einer frustrierten, perspektivlosen, radikalen und gewaltbereiten, muslimischen Migrantenschicht, die mit den sog. Werten des Westens rein gar nichts am Hut hat.

Einen lesenswerten Beitrag zu diesem Thema, in dem auch auf das 2015 erschienene, prophetische Buch „Unterwerfung“ von Michel Houellebecq Bezug genommen wird, finden Sie unter dem nachstehenden Link: https://www.achgut.com/artikel/wann_ruft_frankreich_die_armee_zur_hilfe

Was die Folgen der rot-grünen Multikulti-Utopien betrifft, sollte der Blick nach Großbritannien und Frankreich Warnung genug sein. Und bei wem der Groschen immer noch nicht gefallen ist, der warte die kommenden Nächte in Frankreich ab. ...

Seit 2015 haben die Deutschen rund 400 Mrd. Euro für „Migration“ ausgegeben. Richtiger: Dieses Geld wurde ihnen von den stets links-grünen Regierungen gleich welchen Anstrichs abgepresst. Schauen Sie nach Frankreich, schauen Sie nach Großbritannien! Und überlegen Sie einmal, was man mit diesem Geld auch Sinnvolles hätte tun können!

„Unsere Demokratie“ in Hochform!

Nach dem Kanter Sieg der AfD bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt hat die dortige CDU-Fraktion durchgesetzt, bei der im Dezember anstehenden Wahl des Ministerpräsidenten geschlossen den Raum zu verlassen, damit aus dem eigenen Lager bloß keine Stimme an den AfD-Kandidaten Siegmund geht.

Ein echter Fraktionszwang ist in Deutschland verboten. Also beschloss die CDU, ihre Abgeordneten durch Auszug aus dem Landtag an der Wahrnehmung ihres nur dem Gewissen verpflichteten Wahlrechts nach Artikel 38 Abs. 1 des Grundgesetzes zu hindern: „*Sie [die Abgeordneten] sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.*“

Offenkundiger mit Füßen treten kann man die Demokratie kaum noch. Ich nehme an, dieser Beschluss wird zu Überläufern von der CDU zur AfD führen.

Mit besten Grüßen und Wünschen!



Axel Retz

„Wer die Wahrheit nicht weiß, der ist bloß ein Dummkopf. Aber wer sie weiß und sie eine Lüge nennt, der ist ein Verbrecher.“

Bertolt Brecht, deutscher Schriftsteller (1898 - 1956)

Imressum: private profits newsletter (c) 2026. Verantwortlich für den Inhalt: Axel Retz (V.i.S.d.P.)
Kontaktadresse Redaktion

Axel Retz Am Goldhügel 44 95517 Seybothenreuth
Tel.: +49 (0) 9275 914 756
eMail: pp@axel-retz.de / www.private-profits.de

Warnung: Dieser Newsletter enthält eigene Meinungen des Verfassers nach Art. 5 des Grundgesetzes. Ihn zu lesen oder weiterzuverteilen, kann zu einer unerwarteten Erweiterung des eigenen Horizonts oder dem Dritter führen. Ihn nicht zu lesen oder weiterzuverbreiten, wird Sie und Andere von der Bürde befreien, selbst zu denken. Besonders rasch kommen Sie auf diesem Weg voran, wenn Sie jede Ausgabe nicht nur einmal, sondern gleich drei- oder fünfmal nicht lesen. Aber denken Sie daran: Wer in der Demokratie einschläft, wacht in der Diktatur auf!

> Sollten Sie den **private profits-newsletter** nicht mehr beziehen wollen, genügt eine Benachrichtigung an pp@axel-retz.de oder nutzen Sie folgenden Link <http://www.private-profits.de/newsletter.html>